

Bundesamt für Umwelt,
Wald und Landschaft

U/R. 8.52.33-RC
doc. 2.04

| | |
|--------------------------------|----------------|
| Bundesamt für Aussonwirtschaft | |
| No. | 799.216 |
| EE | |
| R | - 6. FEB. 1990 |
| Kopie an | |

1.2.1990

Orientierung über die mögliche Schaffung eines Umweltfonds innerhalb der Weltbank durch Weltbank-Vertreter, Bern 10.1.1990

Teilnehmer des Orientierungsgesprächs:

Weltbank: B.Kavalsky, Director Resource Mobilization Dept.
J.Warford, Director Environment Dept.

BAWI: W.Jaggi, J.Reding, P.Kalas
DEH: R.Wilhelm, L.Currat
BUWAL: R.Cléménçon

Vorschlag der Weltbank:

Gestützt auf einen Vorschlag von Frankreich anlässlich der jährlichen Versammlung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds im September 1989, prüft die Weltbank die Schaffung eines speziellen Umweltschalters. Im Zeitabschnitt vom 1.7.1990 bis 30.6.1993 sollen, zusätzlich zu den über andere Fazilitäten zu vergebenden Entwicklungskrediten, 2 Milliarden US-Dollar zu bevorzugten Bedingungen an Entwicklungsländer ausgeschüttet werden, welche für spezifische Projekte zur Erhaltung und zum Schutz der Umwelt einzusetzen sind. In den Genuss der Kredite sollen vor allem Länder kommen, die wenig Zugang zu konzessionellen Geldern haben. Im Rahmen einer Konsultationsrunde mit Regierungsvertretern verschiedener DAC-Länder befanden sich zwei Vertreter der Weltbank in Bern, um für die Unterstützung der Schweiz einem solchen Unternehmen gegenüber zu werben.

Begründung des Vorschlags:

In den Entwicklungsländern mit mittleren bis höheren pro-Kopf-Einkommen besteht wenig Anreiz dazu, Umweltprojekte in Angriff zu nehmen, wenn diese mit normalen Krediten finanziert werden müssen. Deshalb sind zusätzliche Kredite zu günstigsten Bedingungen für spezifische Umweltprojekte dringend erforderlich. In IDA-Ländern, die bereits weitgehend konzessionelle Kredite erhalten, würden erhöhte Mittel zu einer Verlagerung von Projekten zugunsten von nachhaltiger Entwicklung und Rohstoffkonservierung führen.

Dokumentation:

Anlässlich des Gesprächs wurde ein Arbeitspapier "Funding for the Environment" verteilt, in welchem der Weltbankvorschlag erläutert ist. Leider war nur das DEH zum voraus in den Besitz des Dokuments gelangt, was eine fundierte Diskussion des Vorschlags erschwerte.

Zielsetzungen des Umweltfonds:

- 1) Verbesserung und Unterstützung der Institutionen in Entwicklungsländern, die sich mit Umweltproblemen und der Formulierung von Umweltregulierungen befassen.
- 2) Vorbereitung von Projekten und Programmen zum Schutz der Umwelt mit Schwergewicht auf Reduktion von Emissionen von Treibhausgasen und solchen, die die Ozonschicht schädigen.
- 3) Detaillierte länderspezifische Studien über die Möglichkeiten des Einbezugs der Privatwirtschaft zur Förderung von umweltgerechten Innovationen.

Positionen der Schweiz anlässlich der Diskussion:

Grundsätzlich standen alle Vertreter der anwesenden Aemter der Schaffung einer neuen Institution skeptisch gegenüber. Dabei wurde aber nicht in Frage gestellt, dass neue Mittel zur Bewältigung von Umweltproblemen in Entwicklungsländern bereit gestellt werden müssten, nur ob die Weltbank die richtige Institution für die Verteilung solcher sei. Anlass zu Diskussionen gaben im wesentlichen auch die Fragen der zentralen oder dezentralen Verwaltung des Fonds, der Prioritätensetzung bei der Projektauswahl, der Ueberlappung mit anderen Umweltprogrammen und der Auswirkung eines solchen Instruments auf Bemühungen zugunsten der Umwelt innerhalb anderer Gremien (siehe Bericht DEH, t.300.33-CL/BMJ). Die Schweiz will auf jeden Fall mit einem Entscheid zu dieser Frage noch zuwarten, bis der Vorschlag mit anderen Geberländern diskutiert wurde.

Position des BUWAL zum vorgeschlagenen Fond:

Das BUWAL begrüssst im Prinzip die neue Initiative der Weltbank. Wir unterstützen in erster Linie Vorschläge für Aktivitäten zur Schaffung und Stärkung von Institutionen für den Umweltschutz in Entwicklungsländern. Aber neben den oben aufgeführten, noch ungelösten Fragen, haben wir vor allem Bedenken mit bezug auf folgende Punkte:

- 1) Die Weltbank hat damit begonnen, die von ihr mitfinanzierten Projekte genauer auf ihre Umweltverträglichkeit zu untersuchen. Es bleibt in diesem Bereich aber noch viel zu tun und in den meisten Fällen basieren Projektentscheide nach wie vor schwergewichtig auf rein ökonomischen Ueberlegungen. Die Schaffung eines nur zur Finanzierung von Umweltprojekten gedachten Fonds könnte sich theoretisch hemmend auf die Integration ökologischer Ueberlegungen im Gesamtbereich der Weltbank auswirken. Idealerweise müsste die Weltbank längerfristig als solche zum "Umweltfond" werden.

2) Nicht nur innerhalb der Weltbank könnte die Schaffung des Umweltfonds zum Alibi für verminderte Bemühungen im Bereich der globalen Umweltprobleme werden. Gerade wenn es um die Lösung der globalen Probleme wie Klimawandel und Abbau der Ozonschicht geht, müssten unserer Ueberzeugung nach Massnahmen in Entwicklungsländern zur Reduktion des CO₂-Ausstosses und von Fluorchlorkohlenwasserstoffen zu einem guten Teil durch zweckgebundene Abgaben auf diesen Emissionen in Industrienationen finanziert werden. Durch punktuelle Massnahmen mit sehr beschränkten Mitteln von 2 Milliarden Dollar glauben wir nicht, dass den globalen Umweltproblemen, welche in den Entwicklungsländern mitverursacht werden, sinnvoll begegnet werden kann.

Mangels besseren Lösungen und der absehbaren Schwierigkeiten etwa zu einem internationalen Abkommen über CO₂-Abgaben zu kommen, müsste die Rolle der Weltbank bei der Finanzierung von CO₂-vermindernden Massnahmen (effizientere Primärenergieauswertung, Alternativenergien) in Entwicklungsländern trotzdem genauer untersucht werden. Mögliche hemmende Auswirkungen auf parallel laufende internationale Umweltschutzbemühungen müssen allerdings ausgeschlossen werden. Auf welche Weise dies sichergestellt werden könnte, müsste genauer abgeklärt werden.

Weiteres Vorgehen:

Es wurde von einem möglichen Treffen von potentiellen Geberländern in der dritten Februarwoche in Amsterdam gesprochen. Bisher gibt es dazu noch keine weiteren Informationen. Die Schweiz müsste sich entscheiden, ob sie an einem solchen Treffen vertreten sein möchte.

Raymond Cléménçon